

Einfache Anfrage GRÜNE-Fraktion:**«Sperrungen von Vermögenswerten russischer Oligarchen: Wie setzt der Kanton St.Gallen die Bundesvorgaben um?»**

In der Ukraine tobt ein schrecklicher Krieg. Nach anfänglichem Zögern hat sich Schweiz den EU-Sanktionen angeschlossen. Gemäss Angaben des Staatssekretariates für Wirtschaft waren am 27. März 2022 erst Vermögen im Umfang von 6 Mrd. Franken blockiert. Insgesamt geht man aber von 150 bis 200 Mrd. Franken aus, welche Russinnen und Russen in der Schweiz deponiert haben. Auch wenn in diesen Zahlen Vermögen nicht sanktionierter Personen enthalten sind: Für eine wirksame Umsetzung der Sanktionen ist noch viel zu tun.

In der Verordnung des Bundes heisst es unter Art. 16: «Personen und Institutionen, die Gelder halten oder verwalten oder von wirtschaftlichen Ressourcen wissen, von denen anzunehmen ist, dass sie unter die Sperrung nach Art. 15 Abs. 1 fallen, müssen dies dem SECO unverzüglich melden. Die Meldungen müssen die Namen der Begünstigten sowie Angaben zur Art und zum Wert der betreffenden Gelder und wirtschaftlichen Ressourcen enthalten.»

Wir bitten die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. In welcher Form setzt die Kantonale Steuerverwaltung die vom Bund verfügte Meldepflicht um?
2. Gibt es weitere Ämter, die in die Umsetzung involviert sind? Falls ja, wie setzen diese die Meldepflicht um?
3. Hat der Kanton St.Gallen beim SECO bereits Meldungen gemacht?»

3. April 2022

GRÜNE-Fraktion